

Karl Marx und der Kommunismus

Von Beat Ringger

Wird der Kapitalismus noch für Hunderte von Jahren die bestimmende Form der menschlichen Gesellschaften sein? So sehr sich manche seiner BefürworterInnen dies wünschen mögen, so schwer ist dies vorstellbar. Zu scharf sind die Widersprüche, von denen die kapitalistischen Gesellschaften zerrissen werden, zu existenziell die Probleme, die sich bereits aufgetürmt haben und immer wieder von neuem auftürmen. Vielmehr ist also – so meine Überzeugung – die Überwindung der Dominanz der Kapitalverwertung über die andern gesellschaftlichen Belange die historische Herausforderung unserer Zeit.

Ein starkes Indiz dafür findet sich auf der Ebene Zukunftsbilder. Stünden dem Kapitalismus grossartige Aussichten bevor, dann würde dies auch Ausdruck finden in entsprechend starken und positiv besetzten Zukunftsvorstellungen. Doch davon ist nichts zu hören oder zu lesen. Das Versprechen des Neoliberalismus, mit dem Dreiklang von Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung den kapitalistischen Wohlstandsmotor im Interesse aller betreiben zu können, hat erheblich an Glaubwürdigkeit verloren. Was übrig bleibt ist die verbreitete Angst, die Zukunft werde von neuen imperialen und kriegerischen Konflikten geprägt – Syrien kann dann überall sein. Was übrig bleibt sind kaltherzige Visionen einer digitalisierten Gesellschaft, in der wahlweise die Maschinen die Macht über die Menschen gewinnen oder sich eine neue Klasse von Superreichen in staatenlosen Inselgebilden versammelt, um sich aller Verpflichtungen gegenüber der Allgemeinheit entziehen zu können.

Roher Kommunismus

Wer bei Karl Marx nach Konzepten für eine Alternative zum Kapitalismus sucht, wird nun allerdings enttäuscht. So sehr Marx zur Überwindung des Kapitalismus und dabei auch zur Überwindung jeder Form von Klassenherrschaft aufruft, so klar verweigert er sich dem Versuch, ausführliche Utopien einer nachkapitalistischen Gesellschaft zu entwerfen. Diese Weigerung ist so markant, dass dafür in marxistischen Kreisen der Begriff eines Bilderverbots kursiert. Was Marx hingegen ausführlich diskutiert sind die Voraussetzungen, unter denen eine klassenlose Gesellschaft gelingen kann. Erst in einer entwickelten Industriegesellschaft, so Marx, sind dafür die

sozialen und materiellen Bedingungen gegeben, weil nun genügend Reichtum verfügbar ist, um den unerbittlichen Kämpfen in einer Mangelwirtschaft zu entkommen, in denen nicht genug da ist, um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen. Jeder Versuch, klassenlose Gesellschaften auf der Basis allgemeiner Armut aufzubauen, würde hingegen in einem »rohen Kommunismus« der Gleichmacherei enden (MEW 40, 534).

Marx beantwortet ebenso die Frage, wer denn befugt und befähigt wäre, eine alternative Gesellschaftsform aufzubauen: Das Proletariat, also die zu seiner Zeit schnell wachsende neue Klasse der Menschen, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft für einen Lohn zu verkaufen, um überhaupt existieren zu können. Wenn die Lohnabhängigen konsequent für ihre Interessen kämpfen, fordern sie die Macht der UnternehmerInnen heraus. In einer vielgliedrigen, dynamischen, arbeitsteiligen Wirtschaft führen breite Streikbewegungen potentiell zu einem Flächenbrand. Den Machtkampf mit dem Bürgertum können die Lohnabhängigen gewinnen, wenn sie den Kapitalismus überwinden, d. h. die Profitlogik als ökonomischen Motor durch demokratische Verfahren ersetzen. Die Lohnabhängigen können sich dabei nicht zu einer neuen herrschenden Klasse aufschwingen. Über wen sollten sie denn herrschen? Sie bilden die grosse Mehrheit der Bevölkerung und müssten sich selbst unterdrücken. Sie haben keine andere Wahl, als den Stein für den Aufbau klassenloser Gesellschaften ins Rollen zu bringen. Welche gesellschaftlichen Verhältnisse und Strukturen dabei entstehen wollte Marx nicht voraussagen – das sollte Sache der künftigen AkteurInnen sein. Einzig klar war für ihn, dass die private Kontrolle der KapitalistInnen über die Produktionsmittel durchbrochen werden muss.

Das Scheitern der proletarischen Revolution im 20. Jahrhundert

Gerade weil Marx sich weigerte, mit Zukunftsmodellen dem Proletariat vorzugreifen hat er mit Enthusiasmus auf die politische Form der Räte-demokratie reagiert, wie sie erstmals – und noch zu seinen Lebzeiten – in der Pariser Kommune entstanden ist (Marx 1871). Er hat diese Räte-demokratie verstanden als »die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen« könne (ebd, 342). Marx ist sich auch bei aller Begeisterung für die Pariser Kommune treu geblieben in seiner Absage an utopische Modelle – er hat lediglich die konkreten Handlungen des Pariser Proletariats aufgenommen und ihre Bedeutung diskutiert. Dabei hat er durchaus richtig gelegen: Räte-demokratische Ansätze sind danach im Verlauf der Geschichte immer wieder entstanden, etwa in 1905 und 1917 in Russland, 1918 in vielen andern europäischen Ländern und seither weltweit immer wieder von neuem (vgl. Azzellini/Ness 2012). Der Bezug auf die räte-demokratische Eigenaktivität von breiten Teilen der Bevölkerung bleibt bis heute relevant.

Im 20. Jahrhundert war allerdings nun keine genuin proletarische Revolution siegreich. Das ist natürlich erklärungsbedürftig. Zwar kommt es auch in industrialisierten Ländern, in denen die Lohnabhängigen die zahlenmässig dominierende Klasse sind, zu revolutionären Krisen, wird die bürgerliche Macht durch Rätebewegungen herausgefordert. Doch alle Versuche, die Macht zu erobern scheitern, etwa in den Jahren 1918–23 in Deutschland, Ungarn, Österreich und Italien, dann wieder 1968 in Frankreich und 1969 wiederum in Italien. Warum? Marx und Engels beschliessen das Kommunistische Manifest mit den berühmten Sätzen: »Die Proletarier dieser Welt haben nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.« Allerdings haben Teile des Proletariats bereits um die Wende zum 20. Jahrhundert eben mehr zu verlieren als nur ihre Ketten. Der Lebensstandard einiger Schichten des Proletariats ist – wenn auch zunächst nur bescheiden – gestiegen. Vor allem aber hatten ihre gewerkschaftlichen und politischen Vertretungen schon etliche prestigeträchtige Stellungen in Parlamenten und Staatsbürokratien errungen. Privilegien aber machen konservativ, und Privilegierte neigen dazu, sich mit den herrschenden Verhältnissen zu arrangieren und diese auch gegen revolutionäre Umwälzungen zu verteidigen. Entsprechend entstanden auf der Linken starke reformistische Strömungen, die für soziale Verbesserungen im Rahmen des Kapitalismus kämpften, die sozialistische Revolution jedoch in die Sphäre der Sonntagsreden verbannten (und sich später ganz von ihr verabschiedeten). Diese Führungen stellten sich 1914 auf die Seite ihrer jeweiligen nationalen Bourgeoisien und befürworteten einen Krieg, in dem sich die Proletarier verschiedener Länder in den Schützengräben zu Hunderttausenden abschlachteten. Ein Teil dieser reformistischen Führungen war zudem bereit, am Ende des Weltkriegs auf der Seite des Bürgertums gegen die revolutionären Kräfte zu kämpfen, etwa 1918/1919 in Deutschland. Dieser Seitenwechsel eines Teils der linken Führungen war auch in der Folge mehrfach ausschlaggebend für das Scheitern revolutionärer Bewegungen.

Etwas plakativ und vereinfacht kann man sagen: Die Stalinisierung der Sowjetunion im Osten und der Seitenwechsel vieler linker Kräfte im Westen haben eine positive Überwindung des Kapitalismus im 20. Jahrhundert blockiert. Und doch hat diese Blockade ihrerseits ein neuerliches Paradoxon hervorgebracht. Denn die Katastrophen von zwei Weltkriegen, tiefgreifenden Weltwirtschaftskrisen und Faschismus brachte in den Jahren nach 1945 auch massgebliche bürgerliche Kräfte dazu, dem Kapitalismus Fesseln anzulegen, um eine Wiederholung dieser Katastrophen zu verhindern. Die 1947 ins Leben gerufenen Vereinten Nationen sollten auf Basis der Menschenrechtserklärung eine Entwicklungsrichtung voranbringen, dank der der gesamten Menschheit eine lebenswerte Zukunft erschlossen würde. In den Industrienationen wurden sozialstaatliche Einrichtungen

und ein Service public geschaffen, der wachsenden Teilen der Bevölkerung ein gesichertes Leben ermöglichte. Damit stabilisierten sich die gesellschaftlichen Verhältnisse im globalen Norden und boten die Voraussetzungen für einen einmaligen Aufschwung der kapitalistischen Wirtschaft. Allerdings verlief diese Entwicklung im globalen Süden weitaus konfliktreicher, und die Erfolge blieben dort meist bescheiden. Ein gewichtiger Teil der Profite globaler Konzerne beruhte weiterhin auf einer ungebrochenen, teilweise brutalen Ausbeutung der Bevölkerung des Südens. Und in den letzten neoliberalen Jahrzehnten erweist sich auch im Norden, wie wenig Bestand soziale Errungenschaften im Kapitalismus haben.

Feminisierung der Arbeit und Care-Gesellschaft

In vielen Ländern sind die Lohnabhängigen nach wie vor, ja vielleicht mehr denn je die zahlenmäßig dominierende Klasse. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen beträgt etwa in Deutschland im Jahr 2016 satte 90% (Statistisches Bundesamt 2017, 351). In der Schweiz sind 2016 von insgesamt 4,672 Mio Erwerbstätigen deren 3,785 Mio lohnabhängig (81%, Bundesamt für Statistik 2017, 11). Auch wenn man in Rechnung stellt, dass davon ein Teil in stark privilegierten Positionen arbeitet, bilden die »normalen« Lohnabhängigen die deutliche Bevölkerungsmehrheit. In einer globalen Sicht fällt zudem die enorme Bedeutung des neuen Proletariats in Ländern wie China, Indien oder den asiatischen Tigerstaaten auf. Eine Linke, die sich von diesem Proletariat verabschieden würde, wie dies etwa der französische Linksintellektuelle André Gorz 1980 gefordert hat, würde sich deshalb von sich selbst verabschieden.

Die von Marx postulierte, revolutionäre Rolle der Klasse der Lohnabhängigen ist meines Erachtens nach wie vor der entscheidende Schlüssel zur Überwindung des Kapitalismus. Es ist allerdings unbestritten, dass sich die Klasse der Lohnabhängigen sozial massiv verändert hat. Viele Lohnabhängige arbeiten heute mit Daten statt mit Gusseisen. Ihre Bildung, ihre organisatorischen und kommunikativen Fähigkeiten sind erheblich weiter entwickelt als zu Zeiten von Marx. Vor allem aber sticht die Feminisierung der Arbeit ins Auge, ebenso (und teilweise damit verbunden) die Verschiebung der Schwerpunkte zu personenbezogenen Care-Diensten. Ebenfalls massiv an Bedeutung und gesellschaftlicher Kraft hat die unbezahlte Care-Arbeit (Hausarbeit) gewonnen, deren Gestaltung in jedes Konzept einer gesellschaftlichen Erneuerung Eingang finden muss.

Allerdings sind diese Verschiebungen in Gewerkschaften und linken Parteien noch lange nicht wirklich angekommen. Bedeutsam sind dabei auch die tief verwurzelten Wirkungen der Jahrhunderte alten Diskriminierung der Frauen durch die Männer, und ebenso die Wirkungen des kolonialen Erbes, der globalen Ungleichheiten und der vielerorts wachsenden

Bedeutung der Migration. Eine Erneuerung der Linken muss entsprechend mit einer markanten Feminisierung einhergehen und, damit verbunden, einer massiven Aufwertung der Carebereiche. Eine erneuerte Linke kann auch nur nachhaltigen Erfolg haben, wenn sie migrantische Lohnabhängige aktiv einbezieht und sich nationalegoistischen ›Verlockungen‹ entgegenstellt.

Dies hat auch erhebliche Implikationen im Hinblick auf die Frage nach einer Alternative zum Kapitalismus. Das Denknetz Schweiz und WIDE Switzerland haben vorgeschlagen, perspektivisch von einer Care-Gesellschaft zu sprechen (Denknetz und WIDE 2016). Dabei soll Care, also das Sorgetragen, nicht nur in abgrenzbaren Tätigkeitsfeldern (Erziehung Pflege, Betreuung) aufgewertet, sondern vielmehr zu einem bestimmenden gesellschaftlichen Paradigma erhoben werden (z. B. auch gegenüber der Umwelt). Sorge und Care werden so zur umfassenden Antwort auf Sorglosigkeit, Profit, Verwertung und Zerstörung.

Die Befreiung ins Stoffliche

Damit ist auch die Brücke geschlagen zur Frage, wie wir heute das marxische ›Bilderverbot‹ beurteilen sollen. In einer Hinsicht halte ich dieses ›Utopie-Verbot‹ weiterhin für aktuell und wesentlich. Denn eine tragfähige Alternative zum Kapitalismus ist nur möglich, wenn dabei die gesellschaftlichen Verhältnisse durch diejenigen gestaltet werden, die davon betroffen sind, wenn die Demokratie auf alle relevanten Bereiche ausgeweitet wird, wenn es insbesondere gelingt, die Arbeit zu befreien und zu demokratisieren. Demokratie aber ist nur in der Offenheit glaubhaft denkbar. Wer schon vorher zu wissen meint, wie eine neue Gesellschaft aussehen müsse, der verschliesst sich dieser Offenheit.

Hingegen können und müssen wir eine Reihe von Konturierungen des Kommunistischen diskutieren – dies nur schon wegen der negativen Schablone der ehemaligen Ostblockstaaten. Ich kann an dieser Stelle aus Platzgründen nur einige dieser Konturierungen diskutieren. Weiterführende Überlegungen finden sich im Kapitel zur demokratischen Bedarfswirtschaft in meinem Buch ›Masst Euch an!‹ (Ringger 2011). Dazu gehört die falsche Vorstellung, die Überwindung des Kapitalismus werde erreicht, indem die kapitalistische Wirtschaft durch eine andere, ›sozialistische‹ oder ›demokratische‹ Wirtschaft ersetzt wird, etwa der ›Markt‹ durch den ›Plan‹. Denn dabei wird unterschlagen, dass bereits die starke Aussonderung der Wirtschaft aus der Gesellschaft den Kern der Problematik ausmacht. Die Realität einer Wirtschaft, die der ganzen Gesellschaft entgegensteht und sie gleichwohl dominiert, ist untrennbar mit der Herrschaft des Kapitals verbunden, das unablässig bemüht ist, alle gesellschaftlichen Felder zu kommerzialisieren und damit der Logik der Kapitalverwertung

(im Mainstream schlicht zur ›Wirtschaft‹ als solcher erkoren) zu unterwerfen. Jede Alternative zum Kapitalismus wird diese Dynamik überwinden müssen und stattdessen die ›eigentlichen‹, die ›stofflichen‹ Belange ins Zentrum rücken. Dann wird sich aber eben auch erweisen, wie vielfältig und inhomogen Wirtschaften in Wirklichkeit ist. Es ist eine ganz andere Sache, die Bevölkerung mit Gesundheitsdienstleistungen zu versorgen, als Computerprogramme zu schreiben, Gemüse zu pflanzen oder Musik zu komponieren. Diese verschiedenen ›wirtschaftlichen‹, im Grund aber eben gesellschaftlichen Felder, müssen in Zukunft ganz unterschiedlich ausgestaltet werden – der Markt-Plan-Gegensatz hilft hier nur sehr beschränkt weiter (vgl. Ringger 2011). Computerfachleute kooperieren oft am besten ›planlos‹ in offenen Netzwerken. In Spitälern hingegen sind starke Qualitätsvorhaben und genau geregelte Abläufe lebenswichtig. Natürlich wird es weiterhin übergeordnete Ebenen geben, z. B. zur optimalen Zuordnung von materiellen Ressourcen an verschiedene Gesellschaftsbereiche, zur Regelung von Normen und Schnittstellen, zum Umgang mit Geld und Preisen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird es zur Koordination und Steuerung der verschiedenen Bereiche deshalb demokratisch legitimierte Rahmenvorgaben und Planungsverfahren brauchen – aber wir sollten dabei vorsichtig sein mit fixen Vorstellungen und Vorhersagen.

Optimale Komplexität

Für einige der genannten Felder bietet sich übrigens das breit verankerte Konzept öffentlicher Dienste an. Solche Dienste werden nach demokratisch festgelegten Vorgaben gesteuert. Sie müssen keineswegs nur in staatlichen Verwaltungseinheiten organisiert sein; Non-Profit-Organisationen können dabei eine wichtige Rolle spielen. Nebst den klassischen Bereichen wie Gesundheit, Infrastrukturen oder Bildung drängen sich Öffentliche Dienste in neuen Bereichen auf, wie etwa dem Zahlungsverkehr und weiteren basalen Finanzdiensten (Sparen, Kredite), der Bereitstellung von Wissen, Informationen, Kommunikationsdiensten, der Forschung, Entwicklung und Produktion von Medikamenten oder der Nahrungsmittelproduktion. Dabei sind teilweise auch transnationale Kooperationen von grosser Bedeutung.

Irreführend sind auch manche Debatten über eine vermeintlich laufend zunehmende Komplexität der Gesellschaften, was dazu führe, dass sie grundsätzlich nicht mehr gestaltbar seien und dass deshalb die selbstorganisierende Kraft einer Marktwirtschaft erforderlich sei, um den Wohlstand zu sichern. Doch die These von einer unabwendbaren Komplexitätssteigerung ist grundlegend falsch. Denn Systeme überleben nur, wenn sie einen inneren Zusammenhalt aufrechterhalten können und ausreichend stabil sind – und das lässt sich mit beliebig wachsender Komplexität nicht ver-

einbaren. Die unzweifelhafte Tendenz zur Komplexitätssteigerung steht deshalb in unablässigem Wechselspiel mit der gegenläufigen Tendenz zur Vereinfachung. Ich habe dies an anderer Stelle das Gesetz der optimalen Komplexität genannt (Ringger 2011, 172f). Gerade die Befreiung der Wirtschaft ins Stoffliche und eine entsprechende Demokratisierung der vielen, heute unter ›Wirtschaft‹ subsummierten Bereiche wird erlauben, Komplexitäten neu zu justieren und zu optimieren.

Konfliktfähigkeit

Ebenso irreführend wäre die Vorstellung, die Überwindung des Kapitalismus führe zu einer harmonischen Gesellschaft. Im Gegenteil: Das Kapital schürt zwar Konflikte, etwa zwischen Standorten und Nationen. Gleichzeitig zwingt es diese Konflikte aber auch in sein Korsett. Eine Sprengung dieses Korsetts wird die Widersprüche zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden, zwischen den Geschlechtern, zwischen verschiedenen regionalen Interessen keineswegs zum Verschwinden bringen. Im Gegenteil: Konflikte müssen nun zwingend bearbeitet werden, sollen sie nicht eskalieren. Dabei sind sie zwar nun von der Unerbittlichkeit der kapitalistischen Verwertungslogik befreit. Win-Win-Lösungen, bei denen alle Konfliktparteien an Entwicklungsraum gewinnen, sind deshalb leichter zu erzielen. Dennoch werden wir zur Konfliktbewältigung eine produktive Verhandlungs- und Konfliktkultur benötigen, wie sie heute erst gelegentlich aufscheint. Grundlage dieser Kultur muss dabei sein, dass die Lebensansprüche aller Menschen als gleichwertig anerkannt werden. Das wiederum macht es erforderlich, viele der im globalen Norden verbreiteten Lebensentwürfe von Konsumismus und Verschwendung zu entlasten – ansonsten ist es undenkbar, auf dieser Erde allen Menschen ein gutes Leben ermöglichen und gleichzeitig die Ökosphäre bewahren und schützen zu können.

Anmassung und Ethik

Die Überwindung des Kapitalismus ist ein riskantes Unterfangen, eine Anmassung wider die Schicksalshaftigkeit der bisherigen Geschichte. Ein Gelingen wird nur bei entsprechendem Risikobewusstsein möglich werden, und nur bei breitester Beteiligung der Menschen in ihren unmittelbaren Lebensfeldern und in ihrer Existenz als WeltenbürgerInnen. Demokratie, also die Gestaltung der Lebensverhältnisse durch die Betroffenen, wird zur massgebenden Gestaltungsform werden müssen, Care, also das Sorge-Tragen, zum massgebenden Paradigma. Marx hat freigelegt, worin der Kern des Kapitalismus besteht, welcher Kern zu seiner Überwindung gewandelt werden muss und welche sozialen Kräfte diese Aufgabe bewältigen können. Er hat dies in der Zeit des kapitalistischen Aufbruchs getan. Mittlerweile sind

wir um schwierige Erfahrungen ›reicher«. Wir haben erlebt, wie sehr sich emanzipatorisches Bestreben im realen Kapitalismus ›verheddern« kann, wie rasch Partei-, Gewerkschafts- und NGO-Apparate den Verlockungen von Prestige und Privilegien erliegen. Wir sind mit der traumatischen Erfahrung der stalinistischen Konterrevolution in der Sowjetunion und der daran anknüpfenden Hybris kommunistischer Führungen auf der ganzen Welt belastet.

Die Unbefangenheit des Anfangs ist weg. Bereits bei Engels scheint auch die Möglichkeit des Scheiterns auf. In seiner Schrift »Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft« schreibt er: »Indem die kapitalistische Produktionsweise mehr und mehr die grosse Mehrzahl der Bevölkerung in Proletarier verwandelt, schafft sie die Macht, die diese Umwälzung (gemeint ist die Überwindung des Kapitalismus – BR), *bei Strafe des Untergangs*, zu vollziehn genötigt ist« (Engels 1984, 89, Hervorhebung des Autors). Doch glaubt man mit Marx und Engels an das Potential der Lohnabhängigen, dann sind die Voraussetzungen heute möglicherweise besser denn je. Das 21. würde dann zu dem Jahrhundert, in dem die bewusste Kooperation auf der Basis von frei ausgehandelten Entscheidungen zur gesellschaftlichen Leitspur wird. Wie genau dies von statten geht muss offen bleiben, damit es überhaupt in Erfüllung gehen kann. Wir haben auch gelernt, dass es dabei keinen Automatismus zum Guten gibt. Im Gegenteil soll der Ethik zu einer neuen Blüte verholfen werden, indem sie aus dem Korsett der Kapitalverwertung befreit wird: Es geht um gesellschaftliche Verhältnisse, in denen sich das Gute in der Regel lohnt.

Literatur

- Azzellini, Dario und Ness, Immanuel (2012): ›Die endlich entdeckte politische Form‹: Fabrikräte und Selbstverwaltung von der Russischen Revolution bis heute, Köln
- Denknetz-Jahrbuch (2013): Care statt Crash, Zürich
- Denknetz und WIDE Switzerland (2016): Hin zu einer neuen Sorgsamkeit. Online unter http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2017/07/manifest_hin_zu_einer_neuen_sorgsamkeit_2016_def.pdf
- Engels, Friedrich (1891): Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, Berlin Online unter http://www.mlwerke.de/me/me19/me19_177.htm
- Marx, Karl (1871): Der Bürgerkrieg in Frankreich, Leipzig
Online unter http://www.mlwerke.de/me/me17/me17_319.htm
- Marx, Karl und Engels, Friedrich: Werke, Berlin
- Bundesamt für Statistik: Taschenstatistik der Schweiz 2017, online unter <https://www.bfs.admin.ch/bfsstatic/dam/assets/2040003/master>
- Ringger, Beat (2011): Masst Euch an! Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus, Münster
- Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch Deutschland 2017, online unter https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/StatistischesJahrbuch2017.pdf?__blob=publicationFile